

## Niederschrift

Sitzung Bauausschuss  
26.11.2021, 16:00 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal  
Vorsitzender BM Dr. Käuflein

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste

**Der Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Öffentlicher Teil

### TOP 1:

#### **Klärwerk Karlsruhe, Erneuerung Klärschlammverbrennungslinie 2 Beauftragung weiterer Leistungen für die Fertigstellung und Inbetriebnahme**

**Stadtrat Dr. Schmidt** fragt nach, inwieweit sich die Nichteinhaltung des geplanten Budgets auf die Anhebung der Gebühren auswirkt.

**Herr Kissel** schlägt vor, die Behandlung der Auftragsenerweiterung gerne mit dem Tagesordnungspunkt 2.1 zur Vorberatung betreffend überplanmäßiger Aufwendungen für verschiedene Unterhaltungsmaßnahmen im Klärwerk Karlsruhe zu kombinieren.

Entsprechend dieses Vorschlags wird vorgegangen.

**Der Vorsitzende** stellt, nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, einhellige Zustimmung fest. Der Tagesordnungspunkt gilt damit als genehmigt.

## TOP 2:

### Gemeindestraßen, Umbau der Händelstraße Vergabe von Tiefbauarbeiten

<sup>Stadtrat</sup>  
**Herr Wenzel** erkundigt sich, ob bei künftigen Umbaumaßnahmen die Parkplätze auch, wie hier geplant, mit Betonpflaster gebaut werden oder auch Rasengittersteine benutzt werden können.

**Stadtrat Honné** fragt, weshalb für den Gehweg eine Breite von 2,30 Meter geplant ist. Für Neubauten ist eine Gehwegbreite von 2,50 Metern vorgesehen und diese Maßnahme entspricht ja einem Neubau.

**Herr Kissel** antwortet, dass es sich hier um eine Bestandsstraße handelt und dass man sich aufgrund von Problemen mit parkenden Autos auf dem Gehweg zu dieser Querschnittseinteilung entschieden hat. Damit soll eine klare Trennung in Fahrbahn, Parkplätze und reinem Gehweg erreicht werden. Die Fahrbahn wird von 7,50 Metern auf zukünftig 6 Meter verschmälert. Diese Mindestbreite ist aufgrund von straßenrechtlichen Vorgaben und der Funktion der Straße als Rettungsweg zum städtischen Klinikum erforderlich.

**Stadtrat Dr. Schmidt** möchte wissen, ob die Umbaumaßnahme aufgrund der derzeitig angespannten Finanzsituation jetzt wirklich nötig ist.

**Stadtrat Löffler** merkt an, dass ihm eine Breite von 6 Metern für eine Stadtstraße als sehr viel erscheint und ergänzt, dass künftig überlegt werden sollte, Rasengittersteine statt Betonpflaster für Parkplätze zu verwenden.

**Stadtrat Honné** sagt, dass die angedachten Maße gegen die Planungsgrundsätze verstoßen und dass er vorhin noch bei der Händelstraße war, um sich ein Bild von der Lage zu verschaffen. Dort würden alle Fahrzeuge auf der Fahrbahn stehen. Parken auf dem Gehweg sei dort kein Problem.

**Stadtrat Dr. Schmidt** spricht an, dass die Straße eine wichtige Nord-Süd-Verbindung zum Klinikum bildet und darum eher zu schmal geplant ist. Eine Antwort zur Frage, ob die Verschiebung in die Zukunft eine Möglichkeit wäre, möchte er dennoch haben.

**Herr Kissel** antwortet, dass dies das falsche Gremium sei um diese Fragen zu erörtern. Über die verschiedenen Maße und den Querschnitt der Straße hätte man im Planungsausschuss diskutieren können. Es geht hierbei um verkehrsplanerische Fragen. Das Tiefbauamt setzt das um, was vorher geplant und beschlossen wurde. Die Breite von 6 Metern sei deshalb wichtig, da die Händelstraße eine wichtige Zufahrt für das städtische Klinikum darstellt und auch nur so eine klare Trennung von Parkflächen und Gehweg möglich ist. Über die Nutzung von Rasengittersteinen statt Betonpflaster kann noch diskutiert werden.

**Stadtrat Dr. Schmidt** sagt, dass seine Frage nicht beantwortet wurde. Die finanzielle Situation sei zur Zeit der Sitzung des Planungsausschusses noch nicht so angespannt gewesen.

**Herr Kissel** erklärt, dass der Zustand der Straße schlecht ist und deshalb die Sanierung geboten ist. Allerdings ist die Verkehrssicherheit aktuell nicht gefährdet, so dass eine Verschiebung

prinzipiell möglich ist. Eine erneute Aufschiebung führt mit hoher Wahrscheinlichkeit zu höheren Baukosten.

**Stadtrat Ehlgötz** sagt, dass man sich bei den Straßen im Stadtgebiet keinen Investitionsstau erlauben darf. Diese Situation hätte man bereits im Hochbau und sollte im Straßenbereich dringend vermieden werden.

**Der Vorsitzende** weist darauf hin, dass es in diesem Gremium ausschließlich um die Vergabe geht und nicht um die Planung der Maßnahme.

**Der Vorsitzende** stellt, nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bei 6 Gegenstimmen, 5 Ja-Stimmen und keinen Enthaltungen, die Ablehnung der Vergabe fest.

Auf Nachfrage erklärt **Herr Uekermann** die rechtlichen Konsequenzen der Ablehnung. Demnach müsste das Vergabeverfahren aufgehoben werden. Es erfolgt kein Zuschlag und der entgangene Bieter könnte Anspruch auf Schadensersatz geltend machen.

**Stadtrat Ehlgötz** äußert, dass dies wohl das erste Mal war, dass eine Vergabe abgelehnt wurde und möchte gerne wissen, welche Auswirkungen dies auf das betreffende Unternehmen mit sich bringt.

**Herr Kissel** antwortet, dass dies einen schweren Tiefschlag für die Firma und das Tiefbauamt bedeutet, da diese natürlich mit einer Beauftragung gerechnet und entsprechend kalkuliert haben. Weiterhin ist das Projekt ein Gemeinschaftsprojekt mit den Stadtwerken. Auch dies steht nun zur Disposition.

**Stadtrat Ehlgötz** sagt, dass man die Entscheidung vielleicht doch überdenken sollte.

**Der Vorsitzende** fragt, ob der Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung noch einmal aufgerufen werden soll.

**Stadtrat Wenzel** merkt an, dass sich die Zusammensetzung des Gremiums ja geändert hat und fragt, ob einer Beschlussfassung nicht im Gemeinderat möglich ist.

**Der Vorsitzende** verneint dies, da es sich hier um einen beschließenden Ausschuss handelt.

**Stadtrat Löffler** bittet darum, das Vorgehen der Ablehnung rechtlich zu prüfen. Auch im Hinblick auf die vereinbarte Bindefrist des Angebots.

**Frau BM Luczak-Schwarz** stellt fest, dass die Konsequenzen der Entscheidung dem Gremium vor der Abstimmung nicht vollumfänglich bekannt waren.

**Stadtrat Dr. Schmidt** spricht an, dass die Stadträte die Beschlussvorlage von der Verwaltung vorgelegt bekommen und darüber abstimmen. Eine Diskussion darüber, ob die Entscheidung noch einmal behandelt werden soll, weil das Ergebnis nicht gefällt, mache den Eindruck als würde der Beschluss nicht respektiert werden.

**Der Vorsitzende** versichert, dass die Entscheidung durchaus respektiert wird. Nur sollten die rechtlichen Konsequenzen noch aufbereitet werden.

**Stadtrat Honné** bittet darum, bei dieser Aufstellung die rechtlichen und die üblichen Folgen bei der Ablehnung von Vergaben zu unterscheiden.

<sup>Stadtrat</sup>  
**Herr Müller** bittet ebenfalls um eine solche Aufbereitung.

**Der Vorsitzende** erklärt, dass eine Aufstellung über die Konsequenzen der gefassten Entscheidung nachgereicht wird.

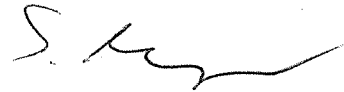
Der Vorsitzende schließt um 16:10 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Karlsruhe, den 26. November 2021

Der Vorsitzende

Dr. Albert Käuflein  
Bürgermeister

Die Schriftführer



Silke Meyer

Verteiler: Sitzungsdienst und beteiligte Ämter